

Atomkraft "kaltstellen"!

Die Auseinandersetzung um den Ausstieg aus der Kernenergie ist der erste große Konflikt, zu dem sich unmittelbar nach den Wahlen Widerstand formiert.

Der Atomausstieg wurde im Jahr 2000 unter der Regierung Schröder-Fischer beschlossen. Zahlreiche Havarien in Atomkraftwerken wie Biblis, Brunsbüttel, Krümmel und Endlagern wie Asse haben gezeigt, dass die Gefahren auf unabsehbare Zeit nicht beherrschbar sind. Zwei Drittel der Bundesbürger - so eine Forsa-Umfrage vom Frühjahr 2009 - lehnen inzwischen die Atomkraft ab, ein Drittel befürwortet den schnellen Ausstieg.

Anfang September, noch vor den Bundestagswahlen, gingen - als Abschluss des Wendlander Trecker-Trecks - in Berlin über 50 000 Menschen auf die Straße, um auf der größten Anti-Atom-Aktion seit 23 Jahren unter der Losung "Mal richtig abschalten" für den sofortigen Atomausstieg zu demonstrieren. Kurz vor den Bundestagswahlen sollte damit Druck auf die bürgerlichen Parteien ausgeübt werden.

Doch nur zwei Wochen nach der großen Anti-AKW-Demonstration wurde bekannt, wie gründlich sich auch die Atomlobby auf die Bundestagswahlen vorbereitet hatte. Spiegel-Online berichtete über ein Strategiepapier "Kommunikationskonzept Kernenergie - Strategie, Argumente und Maßnahmen", mit dem die "Atomlobby den Wahlkampf bis ins Detail vorbereitete - um ihn aktiv zu steuern". Verbunden damit war eine "Liste mit vermeintlich wohlgesinnten Journalisten, Argumentationshilfe für Union und FDP, eine U-Boot-Strategie für die SPD". Sauber, "ökologisch" und nahezu absolut sicher sei die Kernenergiegewinnung, sagt die Atomlobby. Ihr geht es um den profitablen Export von Anlagen - und um das Offenhalten einer "militärischen Option".

Die mit der Atomindustrie am engsten verbundenen Parteien errangen den Wahlsieg. Prompt schossen die Kurse der Energiekonzerne in die Höhe. Schon die ersten Ankündigungen aus dem neuen Regierungslager belegten, dass in einem ersten Schritt die Laufzeiten der bestehenden Kernkraftwerke verlängert werden sollen, um anschließend den kompletten "Ausstieg aus dem Atomausstieg" durchzusetzen. Das ist kein Zufall. Die neue Koalition steht eindeutig und knallhart für Kapitalinteressen. Und die mächtigen Energiekonzerne sehen darin noch immer das bestmögliche Geschäft.

Die Anti-AKW-Bewegung organisierte am 5. 10. vor der CDU-Zentrale in Berlin die Aktion "Warmlaufen für den Widerstand - Atomkraft kaltstellen!" Dies war ein kleiner Vorgeschmack auf das, was kommen muss, wenn CDU/CSU und FDP ernst machen mit der Laufzeitverlängerung. Einen offenen Brief "Nicht rütteln am

Atomausstieg" an Angela Merkel, Horst Seehofer und Guido Westerwelle unterschrieben innerhalb von nur drei Tagen über 60 000 Menschen. Weitere Aktionen folgen.

Doch ein Stopp der Verlängerung der Laufzeiten und selbst ein Festhalten am Gesetz über den "Atomausstieg" - so wichtig dies ist - wird langfristig nicht reichen. Die bestehenden und produzierenden Kernkraftwerke müssen nach und nach abgeschaltet und ein kompletter Ausstieg aus der Kerntechnik zur Energieerzeugung vorbereitet werden.

Deshalb verbinden wir als Mitglieder der DKP die kurz- und mittelfristigen Ziele der Anti-AKW-Bewegung mit der Forderung nach einer insgesamt umweltfreundlichen und demokratischen Energiepolitik, die eine preisgünstige Energieversorgung mit gleichzeitiger Förderung von Energiesparmaßnahmen und dem massiven und gezielten Ausbau alternativer Energien betreibt.

Eine Grundvoraussetzung dafür ist die Verstaatlichung und schrittweise Überführung der Energiewirtschaft in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle. Dies erfordert ein neues gesellschaftliches Kräfteverhältnis, in dem Arbeiter- und Ökologiebewegung gemeinsam mit der Anti-AKW-Bewegung an einem Strang ziehen.

Hans-Peter Brenner/Nina Hager

[◀ zurück](#)

[Artikel versenden](#)